

## DER WEG NACH EUROPA

Jürgen Fischer

„Europa. Wer sich darum sorgt, hat Verstand. Wer darauf hofft, hat Herz. Wer dazu ja sagt, hat beides. - Eine Information der Bundesregierung.“ Hm, - Naja! Mit der Wirkung von Losungen ist das so eine Sache. Ähnliches mag der Vizepräsident der EG-Kommission, Martin Bangemann, empfunden haben, als er vor einiger Zeit anregte, eine Europawoche in Ostdeutschland veranstalten zu lassen.

„Die Europawoche bietet allen Bürgerinnen und Bürgern in den neuen Bundesländern die Gelegenheit, sich über europäische Themen zu informieren... 140 Veranstaltungen in 42 Orten sorgen dafür, daß jeder erfährt: Man muß nicht ins Ausland reisen, um Europa zu erleben... jeder und jede kann mitmachen“, pries Axel R. Bunz, Leiter der Vertretung der EG-Kommission in Deutschland und mithin höchster EG-Beamter in der Bundesrepublik, das Projekt, das als „Festival der Informationen“ in der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Der Auftakt fand am 6. September in Thüringen statt, doch der Initiator des Projektes war leider verhindert, als sein „Kind“ aus der Taufe gehoben wurde, die EG-Generaldirektorin Colette Flesch mußte „ihren“ Kommissar in Athen vertreten und konnte deshalb nicht nach Erfurt kommen und auch der Schirmherr des Thüringer Europa-Tages, Ministerpräsident Vogel, mußte seine Mitwirkung am Festakt im Gothaer Ekho-Theater kurzfristig absagen. So tourten also die anwesenden Berufseuropäer propagandistisch durchs Land und retteten, was zu retten war. Axel R. Bunz sprang von einem Schlachthofbesuch in Nohra und einer Gesprächsrunde über den Einfluß des EG-Strukturfonds auf die Landwirtschaft in Thüringen in einen Vortrag „Was kann Kultur für Europa leisten?“ Und ob nun jeder und jede in Thüringen die Gelegenheit auch wahrgenommen hat, Europa zu erleben, ohne ins Ausland reisen zu müssen, sei dahingestellt.

Warum kann man sich einer leichten Ironie oft nicht erwehren, wenn von öffentlichen Präsentationen der „Gemeinschaft“ die Rede ist? Liegt es daran, daß es gar nicht die „Gemeinschaft“ ist, die sich bei solchen Gelegenheiten vorstellt, sondern ihre Beamten? Oder gibt es vielleicht gar keine „Gemeinschaft“ und die Beamten spielen uns nur „Des Kaisers neue Kleider“ vor? - In einer Begegnung mit dem amerikanischen Historiker Jonathan Steinberg, bei der auch diese Fragen diskutiert wurden, sprach dieser jene Befürchtung als Gewißheit aus: „Als Amerikaner und eingefleischter Demokrat hege ich der EG gegenüber zwiespältige Gefühle, denn sie ist ein bürokratischer Apparat, von keinem Menschen gewählt, eine faktisch selbstherrliche ‚Regierung‘.“

Darin liegt womöglich der erste Problemkreis, der freilich allenthalben bekannt ist und auch schon vielfach kritisiert wurde: Die Struktur der EG-„Regierung“ ist undemokratisch - der in einer Demokratie höchste Entscheidungsträger, das von der Bevölkerung gewählte Parlament, hat im EG-Europa nur beratende Funktion, kann Empfehlungen geben. Die Kommission, das höchste Gremium, das die Interessen der Gemeinschaft vertritt und im Entscheidungsverfahren das alleinige Vorschlagsrecht hat, ist nicht demokratisch legitimiert und hat auch bei weitem nicht die Öffentlichkeit wie etwa nationale Regierungen. Und das letztendlich entscheidende, gesetzgebende Organ, der EG-Ministerrat, der aus Regierungsvertretern aller Mitgliedsstaaten besteht, entscheidet im jeweiligen nationalen Einzelinteresse. Entferntheit von den Intentionen der Bürger, mühselige Prozeduren, Über-Bürokratisierung, Schwerfälligkeit und Fehlentscheidungen sind damit notwenig vorprogrammiert und liefern die berechtigten Argumente für alle Kritiker, die die EG als Fehlkonstruktion bezeichnen. Da helfen auch fade Propagandaausstellungen nichts, die zu suggerieren versuchen, daß „Der Weg nach Europa“ im Sinne von Maastricht für jeden den erhofften zukunfts gewissen Schritt ins 21. Jahrhundert darstelle.

Doch diese EG-Realität hat eine zweite Seite: In Bezug auf Internationalisierung des Lebens, Freizügigkeit oder die Möglichkeit, bürgerliche Rechte auf europäischer Ebene einzufordern, hat die Gemeinschaft in ihrem Wirkungsbereich zahllosen Bürgern greifbare Verbesserungen der Lebensverhältnisse gebracht. Wenn man die Geschichte der EG betrachtet - von ihren Anfängen in den frühen fünfziger Jahren, den ersten Verträgen über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die Europäische Atomgemeinschaft und das Zustandekommen des „Europa der ‚Sechs‘“ bis zum Beitritt Spaniens und Portugals, dem damit entstandenen „Europa der ‚Zwölf‘“ und den Verträgen von Maastricht, hat sich innerhalb kürzester Zeit in Westeuropa eine Form erfolgreicher internationaler Zusammenarbeit entwickelt, die in der Welt beispiellos ist.

Und dann sind da die Milliarden ECU, die heute von Brüssel aus verteilt werden und die auch Kritiker gerne entgegennehmen - soweit sie sie denn erlangen. Der Jahreshaushalt 1993 beträgt immerhin 69 Milliarden ECU, umgerechnet ca. 133 Milliarden DM, die zum großen Teil für verschiedenartige Förderprogramme ausgegeben werden, um im EG-Raum das Ziel einer Angleichung der Lebensbedingungen zu erreichen. Neben den Agrarausgaben ist dabei der EG-Strukturfonds der größte Posten. Doch wenn man sich mit den Fragen seiner Verteilung beschäftigt, kommt man zurück auf die eingangs erwähnten Probleme. Dazu braucht es nicht einmal die Geschichte von den Zwiebeln, in der berichtet wird, daß es EG-Fördermittel für die Einfuhr italienischer Zwiebeln nach Thüringen gebe, während die Thüringer Zwiebeln auf den heimischen Feldern vergammeln. Soweit sich die Medien mit Fragen der Verwendung von EG-Mitteln befassen, werden immer wieder Beispiele beschrieben, in denen ineffektive, den eigentlichen Förderabsichten teilweise sogar entgegengesetzte Ausgaben bekannt werden.

Der Kern des Problems liegt aber nach meiner Ansicht nicht in mangelhaften Kontrollmechanismen, bzw. in ungenügend wirksamen Strukturen der Gemeinschaft, sondern in grundlegenden Fragen, die die gegenwärtige Weltsituation aufwirft und die von der westeuropäischen Integrationspolitik nicht genügend zukunftsorientiert beantwortet werden. Um dies am Beispiel des EG-Strukturfonds sichtbar zu machen: Zunächst fallen die offenbaren Unklarheiten auf, die im Hinblick auf zu erwartende Fördermittel im Zeitraum der nächsten 6 Jahre für Ostdeutschland bestehen. Im EG-Journal Nr. 2/ 93, das für die EuropaWoche in den neuen Bundesländern zusammengestellt wurde, schreibt Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel: „Die EG hat die jungen Länder in das Förderprogramm der strukturschwachen Regionen aufgenommen. Davon können wir Fördermittel in Höhe von 30 Milliarden DM für die jungen Länder erwarten.“ Beim EG-Kommissar Peter M. Schmidhuber heißt es in der gleichen Zeitung eine Seite vorher: „Deshalb ist es als Erfolg der Bundesregierung zu werten, daß sie im Rat... politisch durchsetzen konnte, 14 Milliarden ECU (27 Md. DM) für die Jahre 1994 bis 1999 für die neuen Bundesländer vorzusehen“ und in einem redaktionellen Artikel auf Seite 3 ist von 28 Milliarden DM die Rede. Vielleicht sind drei Milliarden DM Differenz im Zeitraum von 6 Jahren innerhalb von Gesamthaushalten nicht der Rede wert, die ein Vielfaches dieser Summe umfassen. Aber angesichts der Ausgaben für das von der EG aufgelegte „weltweit größte Programm zur Unterstützung der Staaten der ehemaligen Sowjetunion“, wofür im gleichen Zeitraum nicht einmal dieser Differenzbetrag ausgegeben werden soll, wird das eigentliche Grundproblem sichtbar:

Die Rolle Deutschlands als bevölkerungsreichstes EG-Land hat sich mit der Vereinigung nicht nur innerhalb der Gemeinschaft, sondern im wirtschaftlichen und politischen Gefüge der gesamten Welt erhöht. Damit erhält die Entwicklung in Ostdeutschland ein besonderes Gewicht. Jonathan Steinberg charakterisierte die Situation folgendermaßen: „Die Probleme sind im Osten zur Zeit sehr groß, das Preisniveau ist hoch, die Konkurrenzfähigkeit sehr unterminiert. Was aus dieser Gesellschaft wird, kann kein Mensch sagen. Deutschland insgesamt hat sich in den letzten Jahrzehnten zwar grundsätzlich verändert, der Faschismus als Phänomen wird sich meiner Ansicht nach nicht wiederholen, aber es können - ausgelöst durch die Entwicklung im Osten - natürlich andere Gefahren entstehen. Wenn es nicht gelingt, in Ostdeutschland annehmbare Lebensverhältnisse zu halten bzw. zu schaffen, kann das für die Zukunft gefährlich werden... Ich habe Angst vor Deutschland. Und ich habe mir immer wieder gesagt, die Deutschen müssen es schaffen, Ostdeutschland wieder auf die Beine zu bringen. Nur wenn Deutschland stabil ist, wird es möglich sein, die Volkswirtschaften in Osteuropa am Leben zu erhalten. Dort aber liegen die eigentlichen Konfliktherde. Die Probleme in Ostdeutschland sind gering gegenüber denen in Rußland und den anderen osteuropäischen Ländern. Im Hinblick auf deren Zukunft bin ich viel pessimistischer.“

Eine ähnliche Sicht kann aus den finanzpolitischen Entscheidungen des EG-Ministerrates durch die Zuordnung der neuen Bundesländer zu den besonders förderwürdigen „Zone-1-Gebieten“ herausgelesen werden. Ostdeutschland gehört zunächst also neben Griechenland, Portugal, Irland, dem italienischen Mezzogiorno und den meisten Regionen Spaniens zu den strukturschwächsten Gebieten innerhalb der Gemeinschaft, „deren Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt“ - laut Schmidhuber - „nach den Daten der letzten drei Jahre weniger als 75 % des Gemeinschaftsdurchschnitts beträgt“. Man mag sich die Frage nach den Ursachen für diese Situation selbst beantworten. Im Juni 1989 erschien im Münchener „Ost-Kurier“, der vom Studienzentrum für Ost-West-Probleme herausgegeben wurde, eine Studie über den innerdeutschen Handel im zweigeteilten Deutschland. Darin findet sich folgende Charakterisierung der DDR-Wirtschaft, die neben wirtschaftspolitischen Problemen, die den Zusammenbruch des Systems mit verursacht haben, auch folgende Faktoren benennt: „Die DDR verfügt auch international gesehen über ein relativ großes Potential. Worauf es ankommt ist, den Transfer von der Forschung und Entwicklung zur industriellen Nutzung zu beschleunigen... Die Firmen aus der Bundesrepublik schätzen... die DDR als Ko-

operationspartner... Die Gründe für diese Einschätzung wurden... in einer qualifizierten Facharbeiterschaft und einem gut ausgebildeten wissenschaftlich-technischen Personal gesehen. Auch das... hohe technologische Niveau und der Stand der wissenschaftlich-technischen Forschung werden für die DDR als Plus gewertet, ferner Faktoren wie Zuverlässigkeit und Vertragstreue."

Was durch die Mauer auf einer relativ abstrakten Ebene von Lieferungen und Bezügen, geordnet nach Erzeugnisgruppen bzw. Erzeugnissen im „IDH“ zueinander in Beziehung gesetzt werden konnte, ist durch die Vereinigung und die Entwicklung der letzten Jahre als drastischer Kontrast für den einzelnen Bürger erlebbar geworden. Während – wiederum nach Schmidhuber - auch das Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung Ostdeutschlands etwa ein Viertel unter dem EG-Durchschnitt liegt, ist „der Wohlstand der Bundesrepublik (insgesamt), der ja bei der Zuteilung der Mittel ebenfalls eine Rolle spielt, mit 117 % immer noch erheblich über dem Gemeinschaftsdurchschnitt."

Aus all dem ergibt sich folgende Rechnung: Nach Presseberichten bestand in den neuen Bundesländern die Hoffnung, bis zur Jahrtausendwende 50 Milliarden DM Fördermittel der EG zu erhalten, bestätigt wurde nun etwas mehr als die Hälfte. Das ist natürlich eine gravierende Verringerung, die weitreichende Folgen haben wird. Auf der anderen Seite aber erhalten wir Ostdeutschen, immerhin Angehörige eines der reichsten Länder in der EG, pro Kopf der Bevölkerung etwa ein Drittel mehr Fördermittel als die Menschen in den anderen „Zone-1-Gebieten“, wo es weit weniger Möglichkeiten gibt, einen Ausgleich innerhalb des Landes selbst zu schaffen. Aber man kann nicht mehr ausgeben, als man hat. Und so bleibt das drastische Gefälle zwischen den Zuwendungen an Ostdeutschland, die anderen strukturschwachen EG-Länder und die osteuropäischen Staaten, die an EG-Förderprogramme angeschlossen sind, wohl vorerst unverändert. Die besondere Förderung der neuen Bundesländer ist dabei eine politische Entscheidung, die aus meiner Sicht den Gedanken Steinbergs nahe kommt, am Ende aber die Probleme nicht lösen wird. Vermutlich sind diese auch mit Rechenspielen nicht zu lösen.

Und wenn man dies in Beziehung zu Entwicklungen setzt, die sich außerhalb unseres umgrenzten Wirtschaftsraumes vollziehen, entsteht der Eindruck, daß sich trotz aller gegenteiligen Beteuerungen die „Festung Europa“ anschiebt, mit all ihren Widersprüchen uneinnehmbar werden zu wollen, sich konservativ gegen fremde Einflüsse zu sichern.

In Bezug auf die Weltwirtschaft gab Jonathan Steinberg folgende Einschätzung: "Ich bin absolut davon überzeugt, daß wir dem Ende einer langen Welle der Depression entgegengehen, die im Grunde 1973 anfang und durch das Experiment von Ronald Reagan nur zeitweise überdeckt wurde. Reagan hat in acht Jahren das amerikanische Budget verdreifacht. Diese Kaufkraft, die die Weltteile ausgepumpt hat, hatte verschiedene Wirkungen. Eine davon war, daß die Sowjetunion daran kaputtgegangen ist. Sie konnte mit dem Rüstungswettlauf und allen Folgen, die sich daraus ergaben, nicht mehr Schritt halten. Mit dem Ende seiner Amtszeit wurde diese Entwicklung wieder gedrosselt und fiel auf das Niveau der Depression zurück, das sie vorher hatte. Wir können jetzt damit rechnen, daß nach nunmehr 25 Jahren der konjunkturelle Aufschwung folgt. Man sieht 1993 bereits Anzeichen dafür. Aber das Problem wird sein, daß in den vergangenen Jahren die Konkurrenzfähigkeit der europäischen Firmen gegenüber den asiatischen gelitten hat. Ich bin davon überzeugt, daß das 21. Jahrhundert das Jahrhundert Asiens sein wird. China wird durch die sprunghafte Entwicklung von bis zu dreißig Prozent jährlicher Wachstumsquoten in der industriellen Entwicklung als bevölkerungsreichstes Land der Welt einen Koloß an wirtschaftlicher Macht darstellen."

Und „Europa“ sitzt und zählt seine Pfennige wie ein Krämer; gebeutelt von Krankheiten und Wunden, die es verdrängt und nicht wahrhaben will! Im Januar 1989 sprach Delors von einer Erweiterung des gemeinsamen Marktes und forderte die Schweiz und Österreich auf, Anträge auf Mitgliedschaft in der EG einzureichen. Nach der Wende drehte sich die Politik. Die Lage verhärtete sich von heute auf morgen, und die Verhandlungen wurden immer schwieriger. Der gemeinsame Markt konnte sich nicht erweitern. Und heute ist es so, daß die EG an allen Ecken und Enden versucht, die nach dem Verständnis einer Idee, welche aus der Nachkriegszeit stammt, innenpolitischen Versäumnisse und Fehler ihrer Mitglieder auszubessern. Diese Idee aber ist abgelebt, zusammengebrochen mit dem Ende der stalinistischen Systeme in Osteuropa. Man sieht das an Tendenzen des allgemeinen Zerfalls der Demokratie. Und an die Stelle der alten Idee ist noch nichts Neues getreten, die ungeheuren Möglichkeiten, die sich aus der neuen politischen Situation in Europa ergeben, sind keine Bedrohung, sondern eine Chance. Als solche aber ist sie noch nicht in die politischen Konzepte der Gemeinschaft eingedrungen.

Im Grußwort des Thüringer Ministerpräsidenten an den Europatag heißt es: „Deutschland ist Modellfall für die osteuropäischen Staaten. Thüringen will seine Brückenfunktion zwischen Ost und West im Europa der Regionen von morgen nutzen. Europa, dies ist für uns auch Osteuropa und Südosteuropa.“ Zuversicht für das 21. Jahrhundert ergibt sich nur aus dem Blick auf die Vielfalt des *ganzen* Europa.

„Ich bin kein Europäer. Ich sehe die Dinge von außen“, sagte Jonathan Steinberg in unserem Gespräch, „und mich hat an der europäischen Gesellschaft immer die Vielfarbigkeit beeindruckt. Erfurt ist grundlegend verschieden von Weimar; Gotha ist anders als Jena, Thüringen unterscheidet sich von Niedersachsen und Deutschland von Italien. Frankreich ist anders als Polen und Ungarn anders als Dänemark. Alle europäischen Flecken haben eine eigene Identität, die mit Energie am Leben erhalten wird. Diese europäische Vielfarbigkeit hat einen Menschentyp entwickelt, der sehr aktiv ist. Auf die Dauer hat niemand erreichen können, Europa zu unifizieren. Und in diesem Europa sind so viele Energien, da gibt es auch heute so viele Initiativen, deshalb bin ich zuversichtlich.“

Erschienen in:

**VIA REGIA** – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation* Heft I/ 9 1993,  
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>